



Detailansicht des Registereintrags

Bundesverband Paket- und Expresslogistik e. V. (BPEX)

Aktuell seit 19.06.2026 11:29:31

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R001089
Ersteintrag:	23.02.2022
Letzte Änderung:	19.06.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	16.06.2025
Tätigkeitskategorie:	Wirtschaftsverband oder Gewerbeverband/-verein
Kontaktdaten:	Adresse: Dorotheenstraße 33 10117 Berlin Deutschland Telefonnummer: +49302061786 E-Mail-Adressen: info@bpex-ev.de Webseiten: https://www.bpex-ev.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Mitgliedsbeiträge, Sonstiges

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

470.001 bis 480.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

4,88

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Marten Bosselmann**
Funktion: Vorsitzender
2. **Wolfgang Sacher**
Funktion: Schatzmeister

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (4):

1. **Carsten Hansen**
2. **Heike Hoffert**
3. **Corinna Billert**
4. **Marten Bosselmann**

Gesamtzahl der Mitglieder:

8 Mitglieder am 25.06.2024, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (3):

1. Bundesvereinigung Logistik e. V. (BVL)
2. Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen e. V.
3. Deutscher Verkehrssicherheitsrat (DVR) e.V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (35):

Arbeitsmarkt; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Parlamentarisches Verfahren; Allgemeine Energiepolitik; Energienetze; Erneuerbare Energien; Fossile Energien; EU-Binnenmarkt; EU-Gesetzgebung; Datenschutz und Informationssicherheit; Digitalisierung; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Politisches Leben, Parteien; Ländlicher Raum; Stadtentwicklung; Öffentliches Recht; Zivilrecht; Immissionsschutz; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Güterverkehr; Luft- und Raumfahrt; Schienenverkehr; Straßenverkehr; Verkehrsinfrastruktur; Verkehrspolitik; Sonstiges im Bereich "Verkehr"; E-Commerce; Handel und Dienstleistungen; Industriepolitik; Kleine und mittlere Unternehmen; Verbraucherschutz; Wettbewerbsrecht; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft"; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Der 1982 gegründete Bundesverband Paket- und Expresslogistik e. V. (BPEX) mit Sitz in Berlin ist die Interessenvertretung der Kurier-, Express- und Paketbranche (KEP) in Deutschland. Die Mitglieder des BPEX sind international agierende Unternehmen, die in Deutschland für eine flächendeckende Zustellung von der Hallig bis zur Alm, in der Stadt und auf dem Land sorgen. Der BPEX kommuniziert die wirtschaftlichen und politischen Interessen seiner Mitglieder an die

Politik (Deutscher Bundestag, Bundesministerien sowie nachgeordnete Behörden, Kommunen). Er setzt sich für faire Wettbewerbsbedingungen, die Sicherstellung von guten Arbeitsbedingungen sowie die Förderung von nachhaltigen und innovativen Konzepten auf dem KEP-Markt ein. Hierzu werden Fakten- und Positionspapiere sowie Gutachten erstellt, Gespräche mit politischen Entscheidungsträgern geführt und Veranstaltungen organisiert.

In seiner Funktion als Dienstleister versorgt der BPEX seine Mitgliedsunternehmen mit Informationen über aktuelle Entwicklungen und Trends, organisiert den fachlichen Austausch untereinander und bietet eine individuelle Beratung an. Gegenüber der deutschen Presselandschaft ist der BPEX das Sprachrohr der Branche. Als Herausgeber von Publikationen mit Zahlen, Daten, Fakten und Trends der Paketbranche ist der Verband außerdem ein zentraler Ansprechpartner für wissenschaftliche Einrichtungen.

Konkrete Regelungsvorhaben (14)

1. Änderungsbedarf an der Postgesetz-Novelle

Beschreibung:

Novellierung des bestehenden Postrechts, Forderung nach fairen Wettbewerbsbedingungen für alle Marktteilnehmer, Abschaffung von Privilegien des ehemaligen Staatskonzerns, Trennung der Märkte Brief und Paket

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/10283 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Gesetz zur Modernisierung des Postrechts (Postrechtsmodernisierungsgesetz - PostModG)

Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/9733 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Deutschlands Postmärkte der Zukunft - Zuverlässig, erschwinglich, digital

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 677/23 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Postrechts (Postrechtsmodernisierungsgesetz - PostModG)

Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

PostG [alle RV hierzu]; PEntgV [alle RV hierzu]; PUDLV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Verbraucherschutz [alle RV hierzu]; Wettbewerbsrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2408020008 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.07.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. **Reform der Einfuhrumsatzsteuer**

Beschreibung:

Forderung nach Änderung des Erhebungsverfahrens hin zur Direktverrechnung, Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland und Abbau von Wettbewerbsnachteilen

Betroffenes geltendes Recht:

UStG 1980 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2410250015** (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 08.10.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

3. **Vorschlag der Europäischen Kommission zur Reform der Zollunion**

Beschreibung:

zuverlässige und effiziente Verzollungssysteme, die eine vereinfachte, zügige und kundenfreundliche Abfertigung grenzüberschreitender Transporte ermöglichen, Harmonisierung bei der Umsetzung von zollrechtlichen Regelungen in den EU-Mitgliedstaaten, Schaffung einer zentralen EU-Zollbehörde

Betroffenes geltendes Recht:

ZollVG [alle RV hierzu]; ZollV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

EU-Binnenmarkt [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Güterverkehr [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

4. **Gesetz zu Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2557 und zur Stärkung der Resilienz kritischer Anlagen (KRITIS-Dachgesetz)**

Beschreibung:

Harmonisierung der Regelungen im Zusammenhang mit dem BSIG und der NIS2-Richtlinie (vor allem bei verwendeten Begriffen und Definitionen, in Bezug auf die Umsetzungsprozesse und die Kompetenzen der beteiligten Behörden), Vermeidung von Doppelregulierung und Inkonsistenzen

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 550/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2557 und zur Stärkung der Resilienz kritischer Anlagen

Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMI) (20. WP): Gesetz zur Umsetzung der CER-Richtlinie und zur Stärkung der Resilienz kritischer Anlagen (Vorgang)

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/13961 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2557 und zur Stärkung der Resilienz kritischer Anlagen

Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMI) (20. WP): Gesetz zur Umsetzung der CER-Richtlinie und zur Stärkung der Resilienz kritischer Anlagen (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

BSIG 2009 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2602100049 (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 04.09.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium des Innern (BMI) [alle SG dorthin]

5. Technologieoffenheit - Alternative Antriebe

Beschreibung:

Technologieoffenheit beim Einsatz von alternativen Antrieben im Straßenverkehr

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu];

Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Straßenverkehr [alle RV hierzu];

Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2504110023 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

6. Änderungsbedarf am Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung und Digitalisierung der Schwarzarbeitsbekämpfung im Interesse des Datenschutzes

Beschreibung:

Änderungsbedarf am Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung und Digitalisierung der Schwarzarbeitsbekämpfung im Interesse des Datenschutzes, insbesondere bei der Erfassung von sendungsbezogenen Daten. Die Regelungen zur Einwilligung bei Sozialdaten könnten die rechtlichen Grundlagen für die Datenübermittlung untergraben. Unsere Branche braucht eine angemessene Übergangsfrist für die Umsetzung der neuen Anforderungen um den Unternehmen eine rechtlich sichere Anpassung zu ermöglichen.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 361/25 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung und Digitalisierung der Schwarzarbeitsbekämpfung

Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMF): Gesetz zur Modernisierung und Digitalisierung der Schwarzarbeitsbekämpfung (Vorgang)

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/1930 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung und Digitalisierung der Schwarzarbeitsbekämpfung

Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMF): Gesetz zur Modernisierung und Digitalisierung der Schwarzarbeitsbekämpfung (Vorgang)

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu];

Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu];

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2507150025 (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 15.07.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [\[alle SG dorthin\]](#)

2. [SG2602100050](#) (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 15.07.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [\[alle SG dorthin\]](#)

7. Änderungsbedarf am Vierten Mautrechtsänderungsgesetz

Beschreibung:

Die Regelung sieht eine nachträgliche Mauterhebung. Dort heißt es, dass pauschal eine Strecke von 500 KM auf Mautstrecken angenommen wird, wenn die tatsächliche Strecke nicht ermittelt werden kann. Für Fahrzeuge der Paketdienste, die Transporter oder kleine Lkw zwischen 3,5 t bis 7,5 t einsetzen, wäre das eine unverhältnismäßige Regelung, denn im Nahverkehr, den die Paketdienste regelmäßig bedienen, werden solche Strecken nicht zurückgelegt. Angemessen wäre höchstens eine pauschale Berechnung von 100 km.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung mautrechtlicher Vorschriften

Datum des Referentenentwurfs: 14.08.2025

Federführendes Ministerium: [Bundesministerium für Verkehr \(BMV\)](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Betroffenes geltendes Recht:

[BFStrMG](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Erneuerbare Energien [\[alle RV hierzu\]](#); Fossile Energien [\[alle RV hierzu\]](#); Güterverkehr [\[alle RV hierzu\]](#); Handel und Dienstleistungen [\[alle RV hierzu\]](#); Klimaschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Verkehr" [\[alle RV hierzu\]](#); Straßenverkehr [\[alle RV hierzu\]](#); Verkehrspolitik [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (3):

1. [SG2508200012](#) (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 20.08.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [\[alle SG dorthin\]](#)

Gremien [\[alle SG dorthin\]](#)

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

2. SG2602100046 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.08.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Verkehr (BMV) [alle SG dorthin]

3. SG2606190033 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 06.03.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Verkehr (BMV) [alle SG dorthin]

8. Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der NIS-2-Richtlinie und (NIS-2-UmsuCG)

Beschreibung:

Beschreibung: Die Anwendung der gesetzlichen Vorgaben für Paketdienstleister und deren Transportpartner sollte auf einen praxistauglichen Kreis betroffener Unternehmen beschränkt werden. Dabei sollte der administrative Aufwand auf das notwendige Minimum reduziert und an die Mindestanforderungen der einschlägigen EU-Richtlinie angepasst werden. Insbesondere sollten die Meldepflichten europaweit harmonisiert und vereinfacht werden.

Bundestags-Drucksachenummer:

BT-Drs. 21/1501 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der NIS-2-Richtlinie und zur Regelung wesentlicher Grundzüge des Informationssicherheitsmanagements in der Bundesverwaltung

Zuständiges Ministerium: BMI [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BSIG 2025 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu];

Digitalisierung [alle RV hierzu]; EU-Binnenmarkt [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2602100048 (PDF - 8 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 04.07.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium des Innern (BMI) [alle SG dorthin]

9. Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung maschinenrechtlicher Vorschriften und zur Änderung des Paketboten-Schutz-Gesetzes

Beschreibung:

Die bestehenden Regelungen des Paketboten-Schutz-Gesetzes haben sich in der Praxis bewährt und sollten daher entfristet werden. Zugleich sollte die administrative Umsetzung weiter optimiert werden. Insbesondere wäre eine Vereinheitlichung und Automatisierung des Verfahrens zur Ausstellung von Unbedenklichkeitsbescheinigungen (Krankenkassenbescheinigungen) über die gesetzliche Krankenversicherung wünschenswert. Das Gesetz sollte mit den im Postgesetz vorgesehenen Anforderungen an die Kontrolle von Anbietern von Postdienstleistungen harmonisiert werden, da hier erhebliche Überschneidungen bestehen.

Bundestags-Drucksachenummer:

BT-Drs. 21/1507 (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung maschinenrechtlicher Vorschriften und zur Änderung des Paketboten-Schutz-Gesetzes

Zuständiges Ministerium: BMAS [\[alle RV hierzu\]](#)

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 4 [\[alle RV hierzu\]](#); SGB 7 [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [\[alle RV hierzu\]](#); Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2602100051 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 25.06.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [\[alle SG dorthin\]](#)

10. Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung der Apothekenversorgung, ApoVWG

Beschreibung:

Die Verantwortung für die Konformität der Verpackung von Arzneimitteln soll den Apotheken bzw. den Unternehmen zugewiesen werden, die Logistikdienstleister mit dem Transport von Arzneimitteln beauftragen. Die Anforderungen an den Versand von Arzneimitteln sollten auf ein angemessenes und praktisch erprobtes Maß begrenzt bleiben. Es sollte geprüft werden, wie durch einheitliche Begriffe, klare Informationspflichten des Versenders und praktikable Standards Rechtssicherheit geschaffen werden kann, ohne zusätzliche operative Pflichten für Transportdienstleister einzuführen.

Interessenbereiche:

Datenschutz und Informationssicherheit [[alle RV hierzu](#)]; Handel und Dienstleistungen [[alle RV hierzu](#)]; Sonstiges im Bereich "Verkehr" [[alle RV hierzu](#)]; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [[alle RV hierzu](#)]; Wettbewerbsrecht [[alle RV hierzu](#)]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2602100047](#) (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 03.02.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [[alle SG dorthin](#)]

11. **Rechtsverordnung zur Bestimmung von Kriterien für die Geeignetheit technischer Hilfsmittel nach § 73 Postgesetz**

Beschreibung:

Eine Regelung zur Handhabung schwerer Sendungen in der Paketzustellung sollte an die allgemeinen Regeln des Arbeitsschutzes anknüpfen. Zur Entlastung und Gesundheitsprävention sollten Zustellerinnen und Zusteller geeignete Hilfsmittel wie Sackkarren benutzen dürfen.

Betroffenes geltendes Recht:

[PostG 2024](#) [[alle RV hierzu](#)]

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [[alle RV hierzu](#)]; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [[alle RV hierzu](#)]; Digitalisierung [[alle RV hierzu](#)]; Handel und Dienstleistungen [[alle RV hierzu](#)]; Verbraucherschutz [[alle RV hierzu](#)]; Wettbewerbsrecht [[alle RV hierzu](#)]

12. **Änderungsbedarf am Güterkraftverkehrsgesetz (GüKG)**

Beschreibung:

Vorschlag für eine Ausnahmeregelung im Güterkraftverkehrsgesetz (GüKG): Fahrzeuge mit emissionsfreiem Antrieb (z. B. batterieelektrisch), die allein durch das zusätzliche Gewicht des Antriebssystems die 3,5-t-Grenze der zulässigen Gesamtmasse überschreiten, sollten vom GüKG ausgenommen werden. Ziel sollte sein, den Umstieg auf emissionsfreie Antriebe zu fördern und die wirtschaftliche Situation von Logistikunternehmen zu verbessern.

Betroffenes geltendes Recht:

[StVG](#) [[alle RV hierzu](#)]; [FeV 2010](#) [[alle RV hierzu](#)]; [GüKG 1998](#) [[alle RV hierzu](#)]

Interessenbereiche:

Fossile Energien [[alle RV hierzu](#)]; Güterverkehr [[alle RV hierzu](#)]; Straßenverkehr [[alle RV hierzu](#)]; Verkehrsinfrastruktur [[alle RV hierzu](#)]; Wettbewerbsrecht [[alle RV hierzu](#)]

13. **Gesetz zur Stärkung der Tarifautonomie durch die Sicherung von Tariftreue bei der Vergabe öffentlicher Aufträge des Bundes (Tariftreuegesetz)**

Beschreibung:

Steigende Beschaffungskosten der öffentlichen Hand, die durch regulatorische und wirtschaftliche Anforderungen verursacht werden, sollten vermieden werden. Auch für die beteiligten Wirtschaftsunternehmen sollten Kostensteigerungen abgewendet werden, da diese ihren Verbleib am Markt gefährden könnten. Andernfalls besteht das Risiko einer zunehmenden Marktkonzentration in der Logistikbranche und anderen stark arbeitsteilig organisierten Wirtschaftssektoren.

Bundestags-Drucksachenummer:

BT-Drs. 21/1941 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Tarifautonomie durch die Sicherung von Tariftreue bei der Vergabe öffentlicher Aufträge des Bundes (Tariftreuegesetz)

1. Zuständiges Ministerium: BMAS [alle RV hierzu]

2. Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

VgV 2016 [alle RV hierzu]; KonzVgV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu];

Wettbewerbsrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2602100052 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 25.07.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

Versendet am 01.10.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung (BMDS) [alle SG dorthin]

14. Entwurf einer Ersten Verordnung zur Änderung der Berufskraftfahrerqualifikationsverordnung und anderer straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften

Beschreibung:

Der Entwurf enthält Maßnahmen wie die Digitalisierung des Theorieunterrichts und Erleichterungen für die praktische Fahrausbildung. Er setzt Impulse zur

Fachkräftesicherung, Modernisierung und Entbürokratisierung im gewerblichen Güterverkehr.

Betroffenes geltendes Recht:

BKrfQV 2020 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu];
Straßenverkehr [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2603160021 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 06.03.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Verkehr (BMV) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

30.001 bis 40.000 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

1.020.001 bis 1.030.000 Euro

Beitragszahler mit mehr als 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (4):

1. DPD Deutschland GmbH
2. General Logistics Systems Germany GmbH & Co. OHG
3. Hermes Germany GmbH
4. United Parcel Service Deutschland S.à r.l. & Co. OHG

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

[BPEX_Gewinnermittlung_2024_-4_3.pdf](#)